

Seite 3



DPA/MAJA HITTI

Ein Platz für sich allein? Um unterzukommen, muss man bisweilen Glück haben in den Berliner Frauenhäusern. Rund 1 800 Frauen und Kinder wurden 2014 aufgenommen – ungefähr ebenso viele abgewiesen.

BERLIN. Sie steht auf dem Spielplatz, panisch. Gestern Abend ist es passiert. Und jetzt? Gerade hat sie ihre Kinder von der Kita abgeholt. Zur Polizei zu gehen, ist keine Option. Dann würde die Familie sie ablehnen. Sie will weg, weit weg, sich verstecken vor ihrem Mann und ihre Kinder in Sicherheit bringen. Während die Kinder auf dem Spielplatz herumturnen und nichts von den Gedanken ihrer Mutter ahnen, wählt sie die Nummer der Notruf-Hotline der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG) und fragt nach einem Platz in einem Frauenhaus. Die Hotline hilft bei häuslicher Gewalt, allen Frauen. Heißt es. Ute Helmstädt nimmt den Anruf entgegen, versucht zu beruhigen, und muss erklären, dass der Zeitpunkt des Hilferufs ungünstig ist. Alle Plätze in Berliner Frauenhäusern sind belegt. Die Frau bricht das Gespräch ab.

„17. 11. 2015, 16.30 Uhr. Nicht ausreichend Plätze, da mehrere Kinder. Frau geht wieder in die Wohnung zum Täter zurück.“

Das ist der Moment, den Ute Helmstädt so hasst. Wenn sie spürt, dass die Frau den Mut wieder verliert und sie nichts dagegen tun kann. Wenn sie weiß, dass die Frau zurück in die Wohnung gehen wird. Und wenn sie nicht weiß, ob der Frau dort wieder etwas zustoßen wird. Hilfe wird damit zur Glückssache, zu einer Frage des passenden Zeitpunkts. Helmstädt ist Beraterin im „Frauenraum“, einer von fünf Berliner Beratungsstellen, die Anrufe auf der BIG-Hotline erreichen. Seit über zwanzig Jahren arbeitet sie mit dem Auftrag, bei Gewalt zu helfen. Sie spricht engagiert und wirkt gleichzeitig erschöpft. Denn in den letzten Jahren ist sie immer öfter selbst hilflos. Die ungünstigen Zeitpunkte sind nicht mehr nur Ausnahmen. Wenn Ute Helmstädt nichts tun kann, folgt noch ein letztes Ritual. Dann greift sie zu den Vorlagen der „Vollbelegungs-Faxe“ und füllt eine davon aus.

Ein Vollbelegungs-Fax, das ist eine Seite für jeden Anruf, mit Datum, Uhrzeit, einem Vermerk über den Verbleib der Frau. Die Protokolle werden immer abends an den Berliner Senat gefaxt, fast jeden Abend. 827 Vollbelegungs-Faxe stapelten sich allein im Jahr 2014 in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. „Wir können derzeit einer von Gewalt betroffenen Frau aus dem Bundesland ___ und ihren ___ Kindern keine sichere und adäquate Unterbringungsmöglichkeit in einem Berliner Frauenhaus anbieten“, lauten stets die ersten Sätze auf dem Vordruck.

Es sind Faxe, die irgendwo in der Verwaltung versinken. Denn das Mantra dort lautet: „Die Grundversorgung gewaltbetroffener Frauen

und ihrer Kinder in Berlin kann als gewährleistet angesehen werden.“ Die Staatssekretärin Barbara Loth weiß bei einer ersten Anfrage der Berliner Zeitung nicht von der Existenz solcher Faxe. So sagt sie am langen Besprechungstisch in ihrem Büro auch nur kurz: „Ich bin von unserem System absolut überzeugt.“

Ute Helmstädt schüttelt den Kopf. Eigentlich hätte alles besser werden können in den letzten Jahren, sagt sie, denn mehr Frauen trauten sich, die Hilfe anzunehmen, und mehr Frauen kämen nach Berlin, um in der Anonymität der Großstadt Schutz zu suchen. Es waren rund 1 800 Frauen und Kinder, die 2014 in einem der Berliner Frauenhäuser aufgenommen wurden. Doch die Hilffsysteme sind damit überfordert. „Der Anspruch war mal: Frauen, meldet euch, ihr könnt jederzeit zu uns kommen. Das gibt es nicht mehr“, so Helmstädt. Da sich zunehmend nun auch geflüchtete Frauen melden, rechnet sie damit, dass der Druck weiter steigt.

Wenn es keinen Platz in Berlin gibt, bleiben noch die Frauenhäuser in Brandenburg – oder „Notplätze“. Übernachtungsstellen für Obdachlose. Dort gibt es ein warmes Essen, ein Bett und eine Decke, bis zum nächsten Morgen, dann muss der Notplatz geräumt werden. 2014 war das für insgesamt 53 Frauen und 27 Kinder, die vor der Gewalt geflohen waren, eine Notlösung.

Der Sozialarbeiter Jürgen Mark wird dann vorsichtig versuchen, der Frau beizubringen, wo sie gelandet ist. Er wird sie in eines der beiden Vierbettzimmer im Frauenbereich der Obdachlosenunterkunft in der Franklinstraße begleiten. Und besonders die Kinder. „Wir haben Junkies, wir haben Alkis, wir haben psychisch Kranke. Kinder haben in der Wohnungslosenszene nichts zu tun“. Für den Winter hat Mark erreicht, dass ein Teil einer Flüchtlingsunterkunft für Frauen und Familien zur Verfügung gestellt wird, insgesamt gibt es hier 24 Plätze. Betrieben wird die Unterkunft von der Kältehilfe – die endet am 31. März.

Zweiter Interviewtermin in der Senatsverwaltung. Die Staatssekretärin hat sich um Aufklärung bemüht, vor ihr liegt ein Stapel Unterlagen, das Wichtigste ist gelb angestrichen. Barbara Loth weiß inzwischen, dass es die Vollbelegungs-faxe gibt. „Jeder Frau, die Gewalt erfährt, wird geholfen“, sagt sie.

Und wie erklärt sie sich dann die Faxe? Ein Fax sei nicht mit schlichter Abweisung zu verwechseln, entgegen- und ihren ___ Kindern keine sichere und adäquate Unterbringungsmöglichkeit in einem Berliner Frauenhaus anbieten“, lauten stets die ersten Sätze auf dem Vordruck.

Es sind Faxe, die irgendwo in der Verwaltung versinken. Denn das Mantra dort lautet: „Die Grundversorgung gewaltbetroffener Frauen

Wenn Mut allein nicht reicht

Die Berliner Frauenhäuser sind überfüllt. Schutzsuchende müssen abgewiesen werden – und gehen dahin zurück, wo man sie misshandelt

VON STEFANIE DODT

ZUFLUCHTSORTE

Die Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG) ermittelte für das Jahr 2014 folgende Zahlen: (Mehrfachfassungen sind bei erneutem Anruf derselben Person möglich.)

827 Frauen und 1 042 Kinder konnten im vergangenen Jahr nach einem Anruf auf der Notfall-Hotline aufgrund von Vollbelegung nicht an ein Frauenhaus vermittelt werden.

49 Frauen und 85 Kinder kehrten daraufhin in die Tatwohnung zurück.

53 Frauen und 27 Kinder kamen in einer Notübernachtung für Wohnraumlose unter.

77 Frauen und 93 Kinder wurden an Frauenhäuser außerhalb von Berlin vermittelt.

120 Frauen und 179 Kinder kamen bei Verwandten und Bekannten unter. Der Verbleib von 161 Frauen und 190 Kindern blieb unklar.

9 593 Frauen waren im Jahr 2014 in Berlin von häuslicher Gewalt betroffen, laut Kriminalitätsstatistik der Polizei Berlin. Geholfen wurde 909 Frauen und 872 Kindern, die einen Platz in einem der Frauenhäuser bekamen.

Die Notfall-Hotline der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen ist rund um die Uhr unter Tel. 030-611 03 00 zu erreichen.

Hilfe gibt es auch beim Frauenkrisentelefon (030-615 42 43), der Migrantinnenberatung (030-615 7596) und dem bundesweiten Hilfefonntel Gewalt gegen Frauen (08000-11 60 16).

Kindern in einer Obdachlosenunterkunft schlafen müssen? „Die Situation kenne ich nicht. Aus unserer Sicht ist jeder Frau geholfen worden, die Hilfe benötigt.“ Wie erklärt sie sich den Frust der Beraterinnen, die spüren, dass eine Frau den Mut, der Gewalt zu entfliehen, gerade wieder verliert, weil sie keinen Schutzplatz bekommt? Loth fixiert ihre Unterlagen. „Da ich der Ansicht bin, dass allen Frauen geholfen wird, denke ich, es gibt Frust, weil man einfach mit so viel Not oft nicht klar kommt.“

Wie kann es sein, dass Frauen keinen Frauenhausplatz finden und in die Tatwohnung zurückgehen? „Niemals schicken wir eine Frau in die Täterwohnung zurück. Unser ganzes Ziel liegt darin, Frauen davon zu überzeugen, nicht in die Täterwohnung zurückzugehen.“ Doch 49 Frauen und 85 Kinder kehrten im Jahr 2014 wieder in die Tatwohnung zurück, nachdem ihnen kein Platz im Frauenhaus angeboten wurde, so steht es in den Faxen. Wie nah liegen die Ziele der Staatssekretärin und die Realität in den Frauenhäusern beieinander?

enhäuser (ZIF). Bundesweit würden jährlich rund 20 000 Frauen und Kinder in einem Frauenhaus aufgenommen, ebenso viele könnten nicht vermittelt werden. Nicht nur in Berlin fehle primär der politische Wille, so Risse: „Die Daten liegen auf dem Tisch. Sie zu ändern hat keine Priorität.“ Sie fordert ein Eingreifen der Bundespolitik, denn: „Schutz ist eine Pflicht des Staates.“ Der Meinung schließen sich allerdings im Berliner Senat nur die Grünen und die Linke an, und sie sitzen in der Opposition.

Die Kantine der Berliner Abgeordnetenversammlung. Der Raum wird immer voller, es ist Mittagszeit. Etwas am Rande sitzt Anja Kofbinger, hebt ein Stück Feta auf die Gabel, legt sie wieder ab und ärgert sich weiter. Die energische Frau mit den langen braunen Haaren ist seit 2011 frauenpolitische Sprecherin der Berliner Grünen. Es fehle eine Lobby, ein Problembewusstsein, sagt sie, die Senatsverwaltung sei untätig und geizig. Schon früher hatte sie darauf hingewiesen, dass im Jahr 2010 insgesamt 261 Frauen und Kinder „wegen mangelnder Kapazitäten der Einrichtungen abgelehnt“ worden waren. 2015 waren es dreimal so viele Frauen, dazu kommen 1 042 betroffene Kinder. Man müsse, erklärt Anja Kofbinger, dringender über ein siebtes Frauenhaus nachdenken. „Die Frauen haben ein Recht darauf, versorgt zu werden. Die Senatsverwaltung kommt ihrer Schutzfunktion nicht nach.“

Doch ein weiteres Frauenhaus ist kein Thema. Statt einer Aufstockung von Schutzplätzen wären es fast weniger geworden. Die Notplätze im Zweiten Autonomen Frauenhaus, die dann genutzt werden können, wenn alle regulären Frauenhausplätze belegt sind, sollten von neun auf fünf reduziert werden. Sie seien überflüssig, so der Tenor von Staatssekretärin Loth: „Wir haben keine Vollausslastung der Frauenhäuser, insofern brauchen wir keine Regelfinanzierung dieser Notplätze.“ Kurze Zeit später folgt eine überraschende Nachricht aus der Fachbehörde der Verwaltung: Die vier Notplätze würden nun doch finanziert – „vor dem Hintergrund zunehmender Anfragen gewaltbetroffener, geflüchteter Frauen zum Schutz der Betroffenen.“ Das Geld kommt nun aus Bundesmitteln für Flüchtlinge.

Bestehende Engpässe erklärt Barbara Loth mit dem Berliner Wohnungsmarkt. Handlungsbedarf entstehe durch die lange Verweildauer von Frauen, die nur deshalb noch in den Frauenhäusern blieben, weil sie keine Wohnung fänden. Deshalb finanziere die Senatsverwaltung verstärkt Hilfe bei der Wohnungsvermittlung von Frauen und sogenannte Zweite-Stufe-Wohnungen, Unterkünfte für die Zeit zwischen Frauenhaus und eigener Wohnung. „Wenn das angenom-

men wird, werden wir sehr viel mehr freie Plätze in den Frauenhäusern haben“, so die Staatssekretärin. Eine einfache Rechnung erklärt Loths Zufriedenheit: Die durchschnittliche Auslastung der Frauenhäuser habe, sagt sie, 2015 bei rund 88 Prozent gelegen, im Jahr zuvor bei 92 Prozent. Das heißt: An vielen Tagen gab es freie Plätze, wenn auch wenige. Daraus folgt der Satz der Staatssekretärin: „Jeder Frau wird geholfen, nicht nur Frauen mit zwei Kindern, auch Frauen mit fünf Kindern.“ Doch die Beratungsstellen erleben, dass Frauen mit mehreren Kindern häufig kaum vermittelbar sind. Und auch ein freier Platz auf der Liste heißt noch nicht, dass eine Schutzsuchende Frau aufgenommen werden kann. Denn Plätze gelten auch als nicht belegt, hinter denen sich nur ein zusätzlich verfügbares Kinderbett in einem schon belegten Zimmer verbirgt.

„03. 11. 2014, 16.00 Uhr. Anlaufstellen und Frauenhäuser voll. Frau bleibt in der Wohnung, hat große Angst und weint die ganze Zeit. Sie ruft morgen wieder an.“

Am 10. Dezember 2015 beschließt das Abgeordnetenhaus den Haushalt 2016/2017, inklusive 600 000 Euro zusätzlich im Anti-Gewalt-Bereich, unter anderem für Zweite-Stufe-Wohnungen, aber ohne Mittel für weitere Schutzplätze. Auch die Senatorin Dilek Kolat, SPD, ergreift das Wort, die Vorgesetzte von Staatssekretärin Loth. Es geht um vieles, aber nicht um Frauenhäuser. In letzter Minute folgen doch noch zwei Sätze zum Thema. Der Haushalt sehe eine Stärkung im Anti-Gewalt-Bereich vor und zwar bei der Vermittlung von Wohnungen. „Damit zeigen wir, dass wir in Berlin nicht nur ein Hilffsystem haben, das bundesweit sehr viel Anerkennung hat. Sondern dass keine Frau, die Gewalt erfährt, alleine gelassen wird in unserer Stadt“, sagt Kolat. Auch die Senatsverwaltung sucht sich danach Partner: Zusammen mit dem Unternehmen Deutsche Wohnung will man 22 Zweite-Stufe-Wohnungen zur Verfügung stellen, 14 gibt es bislang.

Zurück zu Ute Helmstädt, an einem guten Tag in der Beratungsstelle Frauenraum, denn die Magentwand besagt: Die sechs Berliner Frauenhäuser sind nicht überfüllt. Gerade aber hat Irene* angerufen, um Zuflucht gebeten, für sich und ihre zwei Kinder, sechs Monate und vier Jahre alt. Neun Plätze sind in Berlin gerade frei. Doch nirgends ist Platz für eine Frau mit zwei Kindern, nur das Haus der Caritas, da war Irene schon mal. Geschützt ist sie dort nicht mehr, ihr Mann kennt die Adresse. Die Beraterin bittet Irene, am Nachmittag wieder anzurufen. Irene wird sich nicht mehr melden.

*Name geändert